

Wohin treibt die Armee? : Gedanken zur Wehrvorführung der Felddivision 6

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **73 (1979)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vor Jahren war in einem entlegenen Teil des Kantons gelegentlich noch ein altes Lumpenliedlein zu hören. So:

Der Aetti isch i ds Bschüttloch gheit
I ha ne ghöre gluntsche.
Hätt i ne nid am Bart verwütscht
U hätt i ne nid bas ahi drückt,
So wär er n i d ertrunke.

Nun, es könnte ja einer den Aetti immerhin noch so lieb haben, daß er ihn nach dem Griff an den Bart nicht hinunterdrückt, sondern herauszieht. Die Kirche ist uns das wert. Zu viel des Unaufgebaren haben wir ihr zu verdanken, als daß wir sie lieblos abschreiben könnten. Darum sei hier dieses fast zufällig entdeckte Kleinmodell einer konstruktiven kirchlichen Opposition unterbreitet in der Hoffnung, daß es diskutiert, mit geistbeflügelter Phantasie modifiziert und kritisiert und willsgott nicht alsbald wieder schubladisiert werde.

WILLY SPIELER

Wohin treibt die Armee?

Gedanken zur Wehrvorführung der Felddivision 6

Die Wehrvorführung der Felddivision 6, die am 16. und 17. März die Zürcher Stadtbevölkerung in ein militärfreundliches Publikum verwandeln soll, ist nicht so unpolitisch, wie sie — von Politikern! — verharmlost wird. Sie kann angesichts einer politisierenden Armeeführung auch gar nicht unpolitisch sein. Eben dieser Zusammenhang mit der ganzen Richtung, in die unsere Armee treibt, muß hergestellt werden, wenn wir uns nicht nur bei — keineswegs belanglosen — Aeüßerlichkeiten, wie Personenkult um einen abtretenden Kommandanten, Zürich als Einsatzort, Begleitmusik zu einem Wahlkampf, Waffenschau als Volksbelustigung, aufhalten wollen.

Der bevorstehenden Wehrvorführung liegt als «Lagebeurteilung» zugrunde, daß eine Mehrheit von 61 Prozent der Bevölkerung beim Militär sparen, eine im Parlament mehrheitlich vertretene Minderheit aber das Militärbudget bis 1981 um 450 Millionen Franken erhöhen, Bundesrat Gnägis Waffeneinkäufe vom vergangenen Monat in den USA für zwei Milliarden Franken bezahlen und zur Realisierung des «Armeeleitbildes 80» in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sechs bis sieben Milliarden Franken während der nächsten fünf Jahre verausgaben will. «Selbstverständlich verfolge ich», sagt Divisionär Seethaler,

«die Absicht, das Wehrklima günstig zu beeinflussen und eine generell positive Beziehung zwischen Militär und Steuerzahler herzustellen.» (TA vom 14. Februar) Und eben damit beginnt das gefährliche, weil demokratiefeindliche Mißverständnis unserer Armeeführung, daß sie meint, Politik in eigener Sache treiben zu müssen.

Demokratiefeindliche Ideologie

Es fehlt die Einsicht, daß die Frage nach Sinn und Form der Armee keine militärische, sondern eine politische Frage ist. Eine politische Frage aber fällt nicht in die Zuständigkeit der Armee, sondern in die Zuständigkeit des Volkes. Die Armee vermag uns wohl zu sagen, welche Aufträge sie mit welchen Mitteln erfüllen könnte. Ob aber das Volk diesen Aufträgen und Mitteln, den damit verbundenen Opfern an Menschen, Umwelt und materiellen Gütern zustimmen, ob es die Armee nicht lieber ganz oder teilweise durch Methoden einer gewaltfreien, sozialen Verteidigung ersetzen will, ist seine Sache .

Die Armee beruht auf der souveränen Entscheidung des Volkes. Sie kann durch die souveräne Entscheidung des Volkes auch wieder abberufen werden. «Man darf, vom Recht her gesehen, für die Abschaffung der Armee plädieren.» (Fred Luchsinger in der NZZ vom 25. Mai 1971) Es ist das Recht der Demokratie, ihren Soldaten das letzte Abtreten zu kommandieren.

Warum aber will sich die Armee nicht damit zufriedengeben, daß sie von der Mehrheit des Volkes bejaht wird? Warum versucht sie immer wieder, auf diese Mehrheit politischen Einfluß zu nehmen? Warum vergeht sie sich durch diese Einmischung in den Prozeß der demokratischen Willensbildung gegen die Verfassung, die sie zu verteidigen vorgibt?

Dialogunfähige Institution

Gewiß besteht unsere Milizarmee aus Bürgern, die auch in Uniform ihre Meinung äußern können und äußern sollen. Eben diese Freiheit beschneidet ihnen jedoch die Armeeführung, wann immer kritische Gedanken vorgetragen werden. Wie wenig die Armee die Freiheit, die sie für sich in Anspruch nimmt, selber respektiert, zeigt der «Hirschy-Befehl» vom 29. Dezember 1972, der jede «politische Propaganda» im Militärdienst verbietet — ausgenommen natürlich die «geistige Landesverteidigung», die es selbst rechtsextremen Offizieren gestattet, ihre politischen Vorstellungen unter die Soldaten zu bringen.

Es ist also nicht so, daß die Begründung von Sinn und Form der Armee in der Armee selbst durch eine freie und kameradschaftliche Diskussion erfolgen könnte. Diese Begründung wird vielmehr «von

oben», mit der formalen Autorität des Offiziersshutes vorgetragen. Die Armee wird mit anderen Worten nicht begründet, sondern befohlen. Sie, die Befehlsempfängerin des Souverän sein müßte, versammelt diesen alljährlich in ihren Schulen und Kursen, um ihm nun ihrerseits Befehle zu erteilen.

Die Folge ist die absolute Dialogunfähigkeit der Armee. Die «zuständigen» Offiziere werden — wie auch bei der komenden Wehrvorführung — mit «Argumentenkatalogen» ausgerüstet, denen zufolge die Armee immer, der Armeekritiker nie recht bekommt. Statt Argumente hören wir die Katechismusantworten einer Pseudoreligion, die sich für unfehlbar hält.

Dieser militaristischen Dogmatik entspricht auch die «Taktik der Gesprächsführung» für Offiziere. In Nummer 2 der armeeeigenen «Studien zur Agitation» heißt es zum Beispiel: «Oft arbeiten die Armegegner mit unverständenen Begriffen (z. B. 'Repression'). Lassen Sie Fremdwörter aus dem Wortschatz der Neuen Linken erklären. Sie können so auch Zeit gewinnen.» Die Methode verkommt hier vollends zum Mätzchen. Damit aber nicht genug, werden solche Anweisungen und «Argumentenkataloge» in der Regel «nur für dienstlichen Gebrauch» klassifiziert. So entzieht die Armee Inhalt und Methode ihrer Begründung just jener demokratischen Oeffentlichkeit, die für diese Begründung allein zuständig wäre. Es könnte ja Widerspruch laut werden.

Da freilich bei der kommenden Wehrvorführung der Kritik nicht ganz zu entgehen sein wird, weist man ihr eine demokratische Spielwiese zu. Der «Hydepark-Corner» in der Bürklianlage ist das Symbol einer «gebändigten Demokratie», wie es mit größerer Verachtung für den Stimmbürger nicht mehr hätte erdacht werden können.

Rechtsextreme Tendenzen

Die Armee, die sich selbst rechtfertigt, bleibt indes dabei nicht stehen; sie rechtfertigt vielmehr immer auch die Politik, die die herrschende ist. Sie muß ja ihren Sinn aus dem Verteidigungswert unserer staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen herleiten. Dadurch aber hat sie zur Kritik an diesem Staat und an dieser Gesellschaft zum vornherein ein gebrochenes Verhältnis. Sie wird zum Herd der Agitation von rechts.

Für die Zwecke der «geistigen Landesverteidigung» sind schon Schriften herausgekommen, die eine Reihe von Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei, etwa im Bereich der Bodenpolitik oder des Mieterschutzes, als Programme der Subversion anprangerten. Auf diese Weise überträgt sich das Dogma von der Unfehlbarkeit der Armee auf

die Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit der herrschenden Politik. Wenn daher Bundesrat Gnägi im November 1975 vor einer Offiziersgesellschaft die «neuen Koalitionsideen» auf Bundesebene als Bedrohung unserer Demokratie verurteilen konnte, handelte es sich nicht um eine einmalige Entgleisung, sondern um eine Konsequenz, der die Logik nicht abzusprechen ist.

Ohne Kenntnis dieses rechtsextremen Hintergrundes kann die Wehrvorführung vom 16. und 17. März kaum richtig gewichtet werden. Aus demokratischer Sicht wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn uns die Armee über ihre Möglichkeiten informierte. Was uns jedoch vorgeführt werden soll, ist nicht geprägt von der nüchternen Sachlichkeit einer «Kosten-Nutzen-Analyse», sondern von einer politischen Indoktrination, die ganz jener «geistigen Landesverteidigung» entspricht, die vom Zentralvorstand der Schweizerischen Offiziersgesellschaft einmal als «Bewegung zur Erziehung des Volkes» umschrieben wurde.

Was tun?

Die bevorstehende Wehrvorführung fordert uns nicht nur als Demokraten, sondern auch als Sozialisten und insbesondere als Christen heraus. Als Demokraten müssen wir uns wieder eine herrschaftsfreie, d. h. von der Armeeführung unbehelligte Diskussion über die Armeefrage erkämpfen. Als Sozialisten sollten wir wenigstens längerfristig nach gewaltfreien Alternativen zur militärischen Landesverteidigung suchen. Als Christen wollen wir heute schon zu dieser Revolution unseres Denkens und Handelns aus der Spiritualität der Bergpredigt beitragen.

Mehr noch als die Wehrvorführung selbst provoziert uns als Christen vielleicht das Schweigen der Kirchen gegenüber der Art und Weise, wie die Armee ihre Aufrüstung betreibt. Wie vereinbart sich dieses Schweigen mit der Forderung des Oekumenischen Rates von 1975 in Nairobi, wonach die Kirche «ihre Bereitschaft betonen» sollte, «ohne den Schutz von Waffen zu leben»? Wie mit dem Ruf der Römischen Bischofssynode 1971 nach einer «Strategie der Gewaltlosigkeit»? Wie mit der Ermutigung der Churer «Synode 72» für «die Christen und die Menschen guten Willens in unserem Land», endlich «die Voraussetzungen schaffen zu helfen, durch welche die bewaffnete Verteidigung durch eine gewaltfreie Konfliktlösung ersetzt werden kann»?

Konkret werden uns in diesem Heft zwei kleine Schritte empfohlen: die Erklärung der Bereitschaft, «ohne den 'Schutz' militärischer Rüstung zu leben» und der Besuch des «politischen Nachtgebets» vom 16. März. Die beiden Schritte sind gewiß nicht spektakulär. Aber das Reich Gottes kommt «ohne Aufsehen» (Luk. 17, 20).